

PRESSEMITTEILUNGPRESSESPRECHER
Torsten HaaseLandeshaus, 24100 Kiel
Telefon 0431-988-1440
Telefax 0431-988-1444
E-mail: info@cdu.ltsh.de
Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Bildungspolitik

TOP 13**Sylvia Eisenberg: Mit Zentralabitur bildungspolitische Fehlentwicklung vorbeugen**

Die CDU legt Ihnen heute einen praktikablen Entwurf für die Einführung einer landesweit einheitlichen Abiturprüfung vor, in der Hoffnung, dass das Land Schleswig-Holstein nicht wieder das letzte aller Bundesländer ist, das bundesweit dieses Vorhaben einführt. Baden-Württemberg, Bayern, das Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen haben bereits ein zentrales Abitur, Hessen, Niedersachsen, Berlin, Brandenburg und Hamburg sowie Sachsen-Anhalt werden oder wollen es jetzt einführen. Damit werden 12 von 16 Bundesländern diese landesweit zentral gestellte Prüfung am Ende des Gymnasiums haben, nur NRW, Rheinland-Pfalz, Bremen und Schleswig-Holstein hinken hinterher. Schleswig-Holstein wie immer, und Ihre Argumentation, Herr Weber, die ich aus der Presse entnehmen konnte, ist natürlich wieder typisch: grundsätzliche Ablehnung jeder Neuerung, die von der CDU kommt. Sie verweisen unsere Vorschläge mal wieder in die Rumpelkammer der CDU, wie Sie und Ihre Fraktionskollegen schon andere Vorschläge der CDU in die angebliche Rumpelkammer verwiesen haben, so lange bis die Kultusministerin Ihrer Partei leider halbherzig, aber immerhin auch auf Druck der Kultusministerkonferenz und nach den Ergebnissen von PISA einige unserer Forderungen zu den ihren gemacht hat, ich erinnere nur an die geplante Hauptschulabschlussprüfung, an vergleichbare Bildungsstandards und ihre Überprüfung sowie an die Verschärfung des Überganges auf die Orientierungsstufe.

Wann endlich, frage ich mich, werfen Sie eigentlich das Gerümpel der von Ihnen verschuldeten bildungspolitischen Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte aus Ihrer Rumpelkammer auf den Sperrmüll und stellen sich den Anforderungen der jetzigen Zeit? Sie gerieren sich zunehmend als Bremser und entziehen sich damit der Verantwortung für eine zukunftsgerichtete Bildungspolitik, die in wesentlichen Teilen unserer Republik schon in Gange ist, und von vielen gewünscht wird. Bei einer repräsentativen Stichprobe wünschen sich im Westen 90 % landesweit einheitliche Prüfungen für das Abitur, im Osten schon 96 % (IFS-Umfrage, veröffentlicht bei Rolff im Jahrbuch der Schulentwicklung Band 12/2002). Die Hochschulrektorenkonferenz fordert die Bundesländer ohne ein zentrales Abitur auf, eine zentrale Abschlussprüfung einzuführen und die Unternehmensverbände bezeichnen die Einführung eines Zentralabiturs als längst überfällig. Das muss doch einen Grund haben.

Sicher sind landesweit einheitliche Prüfungsaufgaben im Abitur keine Antwort auf PISA. Und das sollen sie auch nicht sein, jedenfalls nicht zuerst, denn die Pisa-Studie belegt nur, dass es exzellente Leistungen der 9. Klassen der Gymnasien sowohl in Bundesländern mit und ohne Zentralabitur gibt. Ich betone, der 9. Klassen. Aber darum geht es heute nicht. Es gibt noch ein bildungspolitisches Leben vor, nach und neben PISA.

Heute geht es uns um mehr Gerechtigkeit und Transparenz in den Abschlussprüfungen jeder Schularart – und speziell des Gymnasiums – um mehr Chancengerechtigkeit beim Übergang in ein Studium oder in einen Beruf.

Landesweit einheitlich gestellte Prüfungsaufgaben auf der Basis gesicherter Standards und Zielvorgaben sind schlicht und einfach gerechter, weil sie an alle Oberstufenschüler die gleichen Anforderungen stellen. Zentral geregelte Abschlussprüfungen sind auch für die Abnehmer von Abiturienten wie Hochschulen und Unternehmen transparenter, da die Abschlussleistungen auf einheitlichen Aufgaben beruhen. Außerdem können sich die Abnehmer darauf verlassen, dass die Schulabgänger die Lerninhalte in ihrer Breite beherrschen und nicht nur eine eng geführte Prüfungsvorbereitung hinter sich haben. Ein Zentralabitur ist aber auch deshalb überfällig, um zu verhindern, dass sich die Abiturienten einer zusätzlichen Hochschuleingangsprüfung stellen müssen, die sie vielleicht nicht bestehen können, weil ihnen die schulischen Voraussetzungen fehlen. Die Forderung nach einer Hochschuleingangsprüfung wird doch nur deshalb laut, weil die Hochschulen dem Abitur als Eingang zum Studium nicht mehr trauen. Wenn die Hochschulen wissen, auf welcher fundierten, breit gefächerten inhaltlichen Basis die Oberstufe des Gymnasiums und die Abiturnote beruht, wird die Abiturnote wieder mehr Gewicht erhalten.

Dass die Autonomie der Schulen aufgrund zentraler Aufgabenstellung leidet, ist eine Annahme, die ich nicht teilen kann. Die Schulautonomie ist kein Wert an sich. Sie dient dazu, pädagogische Freiräume zu schaffen, um auf unterschiedliche Art zu bestimmten Zielen zu gelangen. Zentrale Abiturprüfungen schränken deshalb die Autonomie der Schulen nicht ein, sondern sind ihre notwendige Ergänzung, um der Beliebigkeit von Unterrichtsinhalten oder unterrichtlicher Schwerpunktsetzung vorzubeugen und die Qualität der allgemeinen Hochschulreife zu verbessern. Voraussetzung und Bedingung für das landesweite zentrale Abitur sind deshalb einheitliche Bildungsstandards und klare inhaltliche Vorgaben in den Lehrplänen der Oberstufe, wie wir sie in unserem Antrag ebenfalls fordern. Wenn 2/3 der Unterrichtszeit verbindlich mit Unterrichtsinhalten gefüllt werden muss, bleibt genügend Raum für pädagogische, den individuellen Bedürfnissen der Lerngruppe entsprechende Arbeit.

Die Unterrichtsqualität wird ebenfalls nicht unter dem Zentralabitur leiden. Die Unterrichtsqualität wird im wesentlichen bestimmt von engagierten und kompetenten Lehrkräften, die wir haben, von leistungsbereiten Schülerinnen und Schülern und von den Rahmenbedingungen hinsichtlich sächlicher und personeller Ausstattung, die wir den Schulen geben. Dass diese Rahmenbedingungen und damit auch die Unterrichtsversorgung verbessert werden müssen, ist eine Forderung an die Regierungsfractionen und die Landesregierung, die die Oppositionsparteien immer wieder zu Recht stellen - leider bisher ohne Erfolg. Zentral gestellte Prüfungsaufgaben aber entlasten auch Lehrkräfte von dem alljährlichen zeitlichen Aufwand zur Erstellung von Prüfungsaufgaben und motivieren Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte zum gemeinsamen Erreichen von gesteckten Zielen und zum Erreichen von Leistungen und tragen damit auch zur Verbesserung der Unterrichtsqualität bei. Wir werden laut KMK-Beschluss Bildungsstandards bekommen und einführen, es wird auch Vergleichsarbeiten geben, um nicht nur schulintern, sondern auch landes- und bundesweit die Einhaltung der Bildungsstandards zu überprüfen. Die in 12 von 16 Bundesländern eingeführte und geplante landesweit zentrale Abiturprüfung wird, wenn die Bildungsstandards gegeben sind, unsere leistungsstarken Gymnasiasten und ihre Lehrkräfte weiter motivieren, gesetzte Ziele zu erreichen, die allgemeine Studierfähigkeit zu verbessern und die Chancengerechtigkeit beim Übergang zu den Hochschulen oder in Betriebe zu erhöhen.